

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 29 – Mindestvergütung für Auszubildende einführen

Dazu sagt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Rasmus Andresen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 072.19 / 15.02.2019

Mindestausbildungsvergütung:

Es geht um Generationengerechtigkeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

406 Euro: So niedrig ist die Ausbildungsvergütung für angehende Friseur*innen im ersten Lehrjahr. Das ist beschämend wenig. Aber auch in anderen Berufen wie zum Beispiel bei Schornsteinfeger*innen oder Fleischer*innen müssen diese mit einer erbärmlich geringen Ausbildungsvergütung über die Runden kommen. Das ist ungerecht und zwingt uns dazu, zu handeln.

Bei der Mindestausbildungsvergütung geht es um Gerechtigkeit, um Generationengerechtigkeit. Ganz egal für welche Ausbildung Jugendliche sich entscheiden, müssen diese fair vergütet werden. Generationengerechtigkeit bedeutet nicht, armutsfeste Renten zu bekämpfen, wie es einige Jungpolitiker*innen tun, sondern sich konkret für Auszubildende und faire Vergütung einzusetzen.

In vielen Ausbildungsberufen fehlen Auszubildende. Das hängt oft auch mit der Attraktivität der Ausbildung zusammen. Das Durchschnittsalter der Auszubildenden steigt und die Frage, wie man die Ausbildungszeit finanziert, ist für viele existenziell wichtig. Denn: Nicht alle wohnen noch zu Hause bei Mutti oder können von ihren Eltern mitfinanziert werden. Faire Vergütung ist Aufgabe der Betriebe und eine Mindestausbildungsvergütung schafft dafür einen gesetzlichen und eindeutigen Rahmen so wie es beim Mindestlohn der Fall ist. Deshalb ist es gut, dass die Große Koalition sich darauf verständigt hat, eine Mindestausbildungsvergütung einzuführen.

Der jetzt vorliegende Vorschlag von CDU-Bundesbildungsministerin Karliczek ist allerdings beschämend. Mit den vorgeschlagenen 504 Euro, dem BAföG-Satz für Schüler*innen, werden nur die Auszubildenden erreicht, die am untersten Ende der Vergütung stehen. Sehr viele Auszubildende liegen knapp drüber. Für Sie ändert sich nichts. Sie bekommen weiterhin viel zu wenig, um einigermaßen über die Runden zu kommen.

Von Bedarfsgerechtigkeit kann hier auch keine Rede sein.

Die Leistungen, die Auszubildende in ihren Betrieben erbringen, sind nicht mit Schüler*innen vergleichbar. Von der Arbeitskraft der Auszubildenden profitieren Betriebe bereits im ersten Lehrjahr. Deshalb ist die Ausbildungsvergütung nicht mit Schüler*innen Bafög vergleichbar.

Wir Grüne unterstützen die Forderungen der Gewerkschaftsjugend und des DGB Auszubildende, eine Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 Prozent der durchschnittlichen Tarifvergütung aller Berufe einzuführen. Oder einfach formuliert: 660 Euro im ersten Lehrjahr. Die durchschnittliche Ausbildungsvergütung in Schleswig-Holstein im ersten Lehrjahr liegt bei 662 Euro. Wir reden also nicht über Teufelswerk.

Die Argumente gegen die Mindestausbildungsvergütung kennen wir alle. Es sind eins zu eins die Argumente aus der Debatte zum gesetzlichen Mindestlohn: Eine Überforderung der Betriebe oder gar eine Vernichtung von Ausbildungsplätzen. Bei dem Fachkräftemangel, den wir haben, ist das aber nicht die Debatte. Unternehmen brauchen Auszubildende mehr als Auszubildende die Unternehmen. Deshalb glauben wir Grüne, dass eine Mindestausbildungsvergütung mittel- und langfristig viele Berufe attraktiver machen wird.

Auszubildende fair zu vergüten ist ein Vorteil im Wettbewerb um junge Menschen. Sehr viele Betriebe im Land bilden gut und verantwortungsvoll aus. Dafür gebührt Ihnen Dank. Das heißt aber nicht, dass alles gut ist. Wir müssen politisch mehr für gute Ausbildung tun. Der DGB Ausbildungsreport für Schleswig-Holstein zeigt uns auch neben der Mindestvergütung viele Baustellen auf. Beispielsweise bei den Themen regelmäßige Überstunden oder der Einhaltung von Arbeitsplänen.

Der SPD-Antrag zur Mindestausbildungsvergütung geht ein wichtiges Thema an. Wir Grüne unterstützen ihn uneingeschränkt. Wir haben aber auch eine gemeinsame Herausforderung: Unsere Koalitionspartner überzeugen. Das Problem haben Sie in Berlin, also da, wo über diese Fragen entschieden wird. Und wir haben die Herausforderung im Land. Ich beantrage, dass wir ihren Antrag in den Bildungs- und Wirtschaftsausschuss überweisen.

Wir Grüne wollen im Ausschuss in einer Anhörung mit der Gewerkschaftsjugend und auch mit dem Handwerk über die Mindestausbildungsvergütung sprechen. Gute Ideen brauchen manchmal Zeit, um mehrheitsfähig zu werden. Gespräche können da nur helfen. Wir freuen uns auf die weitere Beratung und bedanken uns bei der SPD für den Aufschlag.
